

Beitragssätze stabilisieren: Reformen für eine Pflegefinanzierung

Bis 2040 könnten bis zu 370.000 Pflegeplätze fehlen, während die Pflegebeiträge ungebremst steigen. Vier Reformelemente könnten das System stabilisieren.

Die Pflegeversicherung steht vor enormen Finanzierungsherausforderungen. Der Beitragssatz könnte bis 2050 von heute 3,6 % (4,2 % für Kinderlose) auf über 7 % steigen. Gleichzeitig fehlen bis 2040 bis zu 370.000 stationäre Pflegeplätze und 330.000 Vollzeitkräfte. Ab 2040 erreichen die geburtenstarken Jahrgänge ein hohes Alter – dann wird die demografische Belastung der Pflegeversicherung dramatisch ansteigen. Zentrale Maßnahmen dagegen: Pflegebeitragssätze einfrieren und durch eine Kapitaldeckung ergänzen, umfangreiche Vorschriften für Pflegeheime lockern und Digitalisierung vorantreiben, Pflegekräfte entlasten und verstärkt Assistenzsysteme einsetzen.

Kontakt: Prof. Dr. Hendrik Schmitz, ✉ hendrik.schmitz@rwi-essen.de

DIE WICHTIGSTEN BEFUNDE

Der allgemeine Beitragssatz zur Pflegeversicherung könnte bis 2050 auf über 7 % steigen – heute liegt dieser bei 3,6 % (4,2 % für Kinderlose).

Bis 2040 werden bis zu 370.000 zusätzliche stationäre Pflegeplätze und 330.000 Vollzeitkräfte benötigt – das erfordert Investitionen von etwa 80 bis 125 Milliarden Euro.

Immer mehr Heimbewohner landen in der Sozialhilfe, da die Eigenanteile trotz steigender Beiträge steigen.

Was bedeutet die demografische Herausforderung in der Pflege?

Deutschland altert schnell. Bis 2040 wird sich die Zahl der über 80-Jährigen verdoppeln. Mit zunehmendem Alter steigt die Pflegebedürftigkeit stark an: Während nur 5 % der 70- bis 75-Jährigen pflegebedürftig sind, sind es bei den über 85-Jährigen über 40 %. Gleichzeitig schrumpft die Zahl der Beitragszahler. Dadurch gerät das umlagefinanzierte System der Pflegeversicherung unter starken Druck, da mehr Leistungsempfänger auf weniger Beitragszahler treffen. Unabhängig vom demografischen Wandel musste die Pflegeversicherung in den vergangenen zehn Jahren eine substantielle Ausgabenexplosion verkraften. Dies ist vor allem auf eine Ausweitung der Leistungen zurückzuführen. Und der Ausgabenanstieg geht ungebremst weiter: Bereits für 2028 wird mit einem Defizit von 15 Mrd. Euro gerechnet. Der für die Pflegeversicherung relevante Teil des demografischen Wandels – die starke Zunahme hochbetagter Menschen bis 2040 – wird die Konsequenzen dieser Leistungsausweitungen deutlich verstärken.

Wie können vier Reformelemente das System stabilisieren?

Ein Einfrieren des Beitragssatzes bei 3,6 % in Kombination mit einem Einstieg in eine teilweise Kapitaldeckung könnte zukünftige Generationen von Haushalten und Unternehmen entlasten. **Friedrich Breyer hat im vergangenen Jahr einen Ansatz zur Kapitaldeckung in der Pflegeversicherung skizziert**, bei dem jede Generation für einen Teil der entstehenden Kosten ihrer eigenen Pflegebedürftigkeit anspart. Wenn der Beitragssatz bei 3,6 % verbleiben, ein Teil davon aber am Kapitalmarkt angelegt werden soll, kann das nur dadurch erreicht werden, dass eine Rücknahme vormals

ausgeweiteter Leistungen der Pflegeversicherung vorgenommen wird. Diese Rücknahme muss nicht extrem groß sein. Eine ausreichende Gegenfinanzierung wäre schon erreicht, wenn das heutige Ausgabenniveau auf das des Jahres 2023 zurückgeschraubt würde. Gleichzeitig muss die zu erwartende steigende Nachfrage nach Pflege bedient werden und die Pflege muss kosteneffizienter erbracht werden. Um das Angebot an Pflegedienstleistungen zu erhöhen, sollten Investitionshemmnisse beseitigt und privates Kapital mobilisiert werden, etwa durch weniger bauliche Vorgaben und kürzere Genehmigungsverfahren beim Bau neuer Pflegeplätze. Denn der Staat wird die Finanzierung von Investitionen für bis zu 370.000 neue stationäre Pflegeplätze in Höhe von bis zu 125 Mrd. Euro nicht alleine finanzieren können. Zudem könnten eine konsequente Digitalisierung der Dokumentation, technische Assistenzsysteme aus der Robotik sowie geringere Fachkraftquoten den Personalbedarf verringern und die Kosten senken.

Was sind die Folgen unterlassener Reformen?

Ohne Reformen werden im Status quo nicht nur die Beitragssätze, sondern auch die Eigenanteile für Heimbewohner stark ansteigen. Schon heute sind 40 % der Pflegebedürftigen auf Sozialhilfe angewiesen. Bei projizierten Beitragssätzen von über 7 % würden außerdem die Lohnnebenkosten für Unternehmen weiter steigen und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland würde weiter geschwächt. Die jüngeren Generationen würden eine doppelte Last tragen: hohe Pflegebeiträge plus Steuern für die Sozialhilfe der älteren Generation.

Weiterführende Informationen:

Schmitz, Hendrik. 2026. Die Zeit für Reformen ist jetzt! Potenziale im Pflegeheimmarkt und nachhaltige Finanzierung. Wirtschaftsdienst 106(3): 166–170.

Links:


reference-global.com

wirtschaftsdienst.eu

Herausgeber:

RWI – Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstr. 1–3
45128 Essen/Germany
Fon: +49 (0) 201-8149-0

Redaktion:
Alexander Schlösser

Layout und Design:
Magdalena Franke

© RWI Juli 2026

Handlungsempfehlungen



1. Beiträge

Beitragssatz zur Pflegeversicherung auf maximal 3,6 % (4,2 % Kinderlose) begrenzen und substantiellen Einstieg in teilweise Kapitaldeckung starten.



3. Komplexität

Komplexe Genehmigungsverfahren vereinfachen, starre Bauvorschriften lockern und mehr Vertragsfreiheit zwischen Pflegeheimträgern und Kostenträgern schaffen.



2. Leistungen

Zur Gegenfinanzierung des Einstiegs in die Kapitaldeckung die Leistungsausweitungen zum Teil zurücknehmen. Hierzu zum Beispiel Wartezeiten bei erstmaliger Pflegegrad-Einstufung einführen.



4. Arbeit

Überflüssige Dokumentationspflichten abschaffen, Digitalisierung vorantreiben und qualifizierte Assistenzkräfte stärker einsetzen, um Fachkräfte zu entlasten.